1

© European Union 2025

EUROPÄISCHE KOMMISSION

- ein Kommissionsmitglied aus jedem EU-Staat
- schlägt Gesetze vor und prüft deren Umsetzung
- vertritt die EU nach außen

2

© European Union 2017

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

- 1 Minister/Ministerin aus jedem Mitgliedstaat
- Beschlussorgan
- vertritt die Mitgliedstaaten

3

© European Union 2017

EUROPÄISCHES PARLAMENT

- 720 Abgeordnete
- Beschlussorgan
- vertritt die Unionsbürgerinnen und -bürger

4

ARBEITSBLATT

IN DER ROLLE EINES EUROPAABGEORDNETEN

Vorgehensweise

Ihr schlüpft jetzt in die Rolle eines Mitglieds des Europäischen Parlaments (MdEP). Ihr wurdet direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union in das Europäische Parlament gewählt.
Sie erwarten von euch, dass ihr Gesetzesvorschläge ändert, genehmigt oder ablehnt.

Auf dem Spielbrett findet ihr Karten, deren leere Seite nach oben zeigt. Die Karten sind nummeriert. Fangt an mit Karte 1: ein Mitglied der Gruppe dreht die Karte um und liest den Text auf der Rückseite laut vor. Die Aufgaben werden dann von der Gruppe erfüllt.

Nachdem ihr mit Karte 1 fertig seid, fahrt mit den Karten 2, 3 und 4 (in dieser Reihenfolge) fort.
Achtet auf die Zeitangaben auf den Karten. Nutzt das Arbeitsblatt für Notizen.

Vom Rat der Europäischen Union geforderte Änderungen

Schreibt die geforderten Änderungen hier kurz auf (Karte 2).

Vom Europäischen Parlament vorgenommene Änderungen

Schreibt eure eigenen Änderungen des Gesetzesvorschlags der Europäischen Kommission unten auf. Das ist euer neues Gesetz. Ihr solltet sowohl die Änderungen berücksichtigen, die der Rat der Europäischen Union gefordert hat (auf Karte 2), als auch die Informationen der unterschiedlichen Interessenvertreter (Karte 3).

Nennt die Argumente/Gründe dafür, warum ihr als Mitglieder des Europäischen Parlaments glaubt, dass das von euch geschaffene Gesetz die beste Lösung ist (Karte 4).

1.

2.

3.

1. GESETZESVORSCHLAG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION ZUM THEMA EU-ARMEE?

Um die EU in der Welt zu stärken, schlägt die Europäische Kommission vor, ...

Artikel 1: ... eine europäische Armee einzurichten.

Artikel 2: ... dass die Waffen für die europäische Armee von den EU-Staaten gemeinsam gekauft werden.

Haftungsausschluss: Weder die Form noch der Inhalt dieser Übung gibt eine vollständige und exakte Darstellung der Realität wieder oder stellt tatsächliche Ansichten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, des Rates der Europäischen Union oder der Lobbygruppen dar. Das Ziel dieser Simulation ist rein pädagogisch. Pädagogische Gründe sind die einzige Grundlage für einige der getroffenen Entscheidungen.

2. GESETZESVORSCHLAG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION ZUM THEMA EUROPÄISCHE DEMOKRATIE

Um die Unionsbürgerinnen und -bürger stärker einzubeziehen, schlägt die Europäische Kommission Folgendes vor:

Artikel 1: ... Für die Wahl zum Europäischen Parlament führen alle EU-Staaten ein Mindestwahlalter von 16 Jahren ein. So wird dafür gesorgt, dass die Meinungen junger Menschen in Europa stärker im Europäischen Parlament vertreten sind.

Artikel 2: ... Es wird eine „Europäische Bürgerversammlung" geschaffen, die aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern besteht und sich stetig verändert. Sie bezieht Stellung zu allen neuen Rechtsvorschriften. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union sollten allesamt bei ihren Entscheidungen den Input der Europäischen Bürgerversammlung berücksichtigen.

Haftungsausschluss: Weder die Form noch der Inhalt dieser Übung gibt eine vollständige und exakte Darstellung der Realität wieder oder stellt tatsächliche Ansichten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, des Rates der Europäischen Union oder der Lobbygruppen dar. Das Ziel dieser Simulation ist rein pädagogisch. Pädagogische Gründe sind die einzige Grundlage für einige der getroffenen Entscheidungen.

3. GESETZESVORSCHLAG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION ZUM THEMA NACHHALTIGE MODE

Dadurch, dass die Verbraucherschaft stärker sensibilisiert wird, können die Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Rolle dabei spielen, die Textilindustrie in der EU nachhaltiger, kreislauforientierter und wettbewerbsfähiger zu machen und die Fast Fashion in der EU einzudämmen. Die Kommission schlägt Folgendes vor:

Artikel 1: … Die EU führt für Kleidung und Textilien, die auf dem EU-Markt verkauft werden, ein „Ökopunkt"-Siegel ein. Die Anzahl der Ökopunkte zeigt den Verbraucherinnen und Verbrauchern an, wie groß der ökologische Fußabdruck des jeweiligen Produkts ist. Die genauen Kriterien für die Berechnung der Ökopunkte werden während des Gesetzgebungsverfahrens festgelegt. Dabei kann Folgendes berücksichtigt werden:

- Anzahl der Kollektionen pro Jahr
- Produktionsgeschwindigkeit
- Haltbarkeit und Lebensdauer des Produkts
- Recyclingfähigkeit
- Treibhausgasemissionen
- Wasser- und Energieverbrauch
- Transportentfernung

Artikel 2: … Um die Umweltauswirkungen der Fast Fashion zu verringern, begrenzt die EU schrittweise das Inverkehrbringen von Textilerzeugnissen, die die Mindestkriterien für Nachhaltigkeit nicht erfüllen.

Die genaue Definition und die Kriterien werden während des Gesetzgebungsverfahrens festgelegt. Sie werden mit den Kriterien für Ökopunkte in Artikel 1 in Einklang gebracht; berücksichtigt wird dabei auch das Preisniveau im Verhältnis zur Qualität.

Auf der Grundlage des in Artikel 1 aufgeführten Ökopunktesystems werden Fast-Fashion-Produkte ermittelt, die eingeschränkt werden sollten.

Die Kommission schlägt vor, diese Einschränkungen schrittweise einzuführen und anzustreben, dass sie bis 2030 vollständig umgesetzt werden.

Haftungsausschluss: Weder die Form noch der Inhalt dieser Übung gibt eine vollständige und exakte Darstellung der Realität wieder oder stellt tatsächliche Ansichten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, des Rates der Europäischen Union oder der Lobbygruppen dar. Das Ziel dieser Simulation ist rein pädagogisch. Pädagogische Gründe sind die einzige Grundlage für einige der getroffenen Entscheidungen.

4. GESETZESVORSCHLAG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION ZUM THEMA KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Um sicherzustellen, dass künstliche Intelligenz (KI) in der EU sowohl vertrauenswürdig als auch wettbewerbsfähig ist, schlägt die Europäische Kommission Folgendes vor:

Artikel 1: … Die Benutzerinnen und Benutzer müssen eindeutig darauf hingewiesen werden, dass sie nicht mit einem Menschen interagieren, wenn sie mit einem KI-Bot interagieren.

Artikel 2: … Unternehmen, die KI für das Gesundheitswesen, das Bankwesen oder die nationale Sicherheit (z. B. Überwachung) entwickeln, müssen strenge Vorschriften einhalten. Sie müssen dokumentieren, wie ihre Systeme funktionieren, sie gründlich testen, um dafür zu sorgen, dass sie sicher sind, und jeden Schritt von Menschen überprüfen lassen.

Haftungsausschluss: Weder die Form noch der Inhalt dieser Übung gibt eine vollständige und exakte Darstellung der Realität wieder oder stellt tatsächliche Ansichten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, des Rates der Europäischen Union oder der Lobbygruppen dar. Das Ziel dieser Simulation ist rein pädagogisch. Pädagogische Gründe sind die einzige Grundlage für einige der getroffenen Entscheidungen.

THEMA 1: EU ARMEE

EUROPÄISCHE KOMMISSION

1. Bitte lest euch den Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission durch. (2 min.)
2. Besprecht den Vorschlag kurz in der Gruppe: Worum geht es? Bittet eure Lehrkraft/euren Ausbildenden bei Bedarf um mehr Zeit. (2 min.)
3. Jedes Gruppenmitglied überlegt kurz, ob es dem Vorschlag zustimmt. Anschließend legt jedes Gruppenmitglied den anderen in der Gruppe seinen Standpunkt dar.

FAKTEN UND ZAHLEN

- Die Mitgliedstaaten der EU arbeiten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammen, z. B. bei der Entwicklung neuer Waffen. Letzten Endes hat jedoch jeder EU-Staat das letzte Wort, was seine eigene Verteidigung angeht.
- Die Verteidigungsindustrie ist in einigen EU-Staaten ein wichtiger Arbeitgeber. Insgesamt arbeiten in der EU fast 600 000 Menschen in der Verteidigungsindustrie (Europäischer Verband der Luftfahrt-, Raumfahrt- und Verteidigungsindustrie, 2024).
- Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist die Kriegsgefahr für die EU-Staaten größer geworden. Die Verteidigungsausgaben der EU-Staaten stiegen von 2021 bis 2024 um mehr als 30 % (Europäische Verteidigungsagentur, 2024).

BUND DER EUROPÄISCHEN STEUERZAHLER

Die EU-Staaten müssen zusammenarbeiten, um die EU in einer Zeit zu verteidigen, in der es immer mehr Konflikte auf der Welt gibt. Verteidigung kostet aber viel Geld und sollte nicht auf Kosten anderer notwendiger Investitionen gehen. Wenn die EU-Staaten in einer gemeinsamen europäischen Armee zusammenarbeiten, können sie auch ihre Verteidigungsausgaben besser bündeln.

UNABHÄNGIGER THINK TANK

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der Umstand, dass die USA inzwischen ein weniger verlässlicher Partner sind, stellen die Verteidigung und Sicherheit der EU-Staaten vor neue Herausforderungen.

Die Mitgliedstaaten sollten deshalb ihre Kräfte bündeln, um sich verteidigen und auf militärischer Ebene weltweit ein gewichtiges Wort mitreden zu können. Die EU-Staaten müssen sich beim Kauf von militärischen Gütern abstimmen, um ihr Geld nicht ineffizient auszugeben.

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Der Rat der Europäischen Union weist die Europäische Kommission darauf hin, dass die einzelnen EU-Staaten selbständig über ihre Außen- und Verteidigungspolitik entscheiden. Deshalb schlägt der Rat folgende Änderungen vor:

ERGÄNZUNG ZU ARTIKEL 1: Diese europäische Armee besteht neben den Armeen der EU-Staaten und ersetzt diese nicht.

ERGÄNZUNG ZU ARTIKEL 2: Jeder Staat der EU entscheidet selbständig, ob er sich am gemeinsamen Waffenkauf beteiligen will.

Bitte notiert diese Änderungen auf dem Arbeitsblatt. (Ihr habt drei Minuten Zeit dafür.)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Jetzt seid ihr dran. Als Mitglieder des Europäischen Parlaments könnt ihr Änderungen des Gesetzesvorschlages vornehmen, sodass er dem entspricht, was eurer Ansicht nach im besten Interesse der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger ist. ABER: Ihr müsst die Ansichten des Rates der Europäischen Union (siehe 2) und den ursprünglichen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission berücksichtigen. Auch die Informationen der Interessenvertreter sind zu berücksichtigen.

Geht folgendermaßen vor:

1. Dreht jeweils eine Karte von Interessenvertretern um und lest den Text laut vor (alle Gruppenmitglieder lesen nacheinander eine der Karten vor).
   Es handelt sich um die Karten mit einem Symbol in der Ecke. Lest nacheinander alle Karten vor. (8 min.)
2. Legt die Karten mit der Textseite nach oben auf den Tisch, sodass alle Gruppenmitglieder die Informationen sehen können.
3. Diskutiert den ursprünglichen Gesetzesvorschlag in eurer Gruppe und geht jeden einzelnen Artikel durch. Fangt an mit Artikel 1: Wer stimmt zu und wer nicht? Nutzt für eure Argumentation die Informationen der Interessenvertreter. Fahrt so mit allen Artikeln fort. (10 min.)
4. Passt das Gesetz so an, dass alle Gruppenmitglieder damit einverstanden sind. Ihr könnt den Inhalt von Artikeln ändern, Artikel streichen oder neue hinzufügen. Schreibt euer neues bzw. angepasstes Gesetz auf das Arbeitsblatt. (6 min.)

NETZ VON FRIEDENSORGANISATIONEN

In Libyen und Afghanistan verschlechterte sich die Lage nach der militärischen Intervention. Mit Waffen lassen sich keine Konflikte lösen. Wir wollen nicht, dass die EU in eine europäische Armee investiert, weil das als Zeichen einer Eskalation interpretiert werden könnte. Es wäre viel besser, dieses Geld für Sozialleistungen auszugeben oder in die Wirtschaft zu investieren.

VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE

Wir sind dafür, neben den bestehenden Armeen der Mitgliedstaaten eine europäische Armee zu schaffen. Die Sicherheit der Europäischen Union muss Vorrang haben. Die EU muss dringend eine eigene Verteidigungsstrategie entwickeln, statt sich auf die Hilfe der USA zu verlassen.

Wir bitten das Europäische Parlament um zusätzliche Gelder für den Aufbau einer solchen Armee. Das liegt in unserem gemeinsamen Interesse.

Ihr habt euer eigenes, angepasstes Gesetz geschaffen.

Jetzt braucht ihr die Unterstützung des gesamten Europäischen Parlaments. Bereitet eine kurze Präsentation eures neuen Gesetzes für die anderen Abgeordneten (die anderen Lernenden) vor. Verwendet dafür das Arbeitsblatt und geht wie folgt vor: (5 min.)

1. Lest den ursprünglichen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission laut vor.
2. Beschreibt, welche Änderungen vom Rat gefordert wurden.
3. Lest euer neues Gesetz laut vor.
4. Nennt zwei oder drei Gründe oder Argumente, weshalb ihr glaubt, dass dies eine gute Maßnahme für die Bürgerinnen und Bürger der EU ist. Haltet eure Argumentation vorher auf dem Arbeitsblatt fest.

THEMA 2: EUROPÄISCHE DEMOKRATIE

EUROPÄISCHE KOMMISSION

1. Bitte lest euch den Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission durch. (2 min.)
2. Besprecht den Vorschlag kurz in der Gruppe: Worum geht es? Bittet eure Lehrkraft/euren Ausbildenden bei Bedarf um mehr Zeit. (2 min.)
3. Jedes Gruppenmitglied überlegt kurz, ob es dem Vorschlag zustimmt. Anschließend legt jedes Gruppenmitglied den anderen in der Gruppe seinen Standpunkt dar.

FAKTEN UND ZAHLEN

- Die Gesamtwahlbeteiligung bei der Europawahl 2024 lag bei 50,7 %. (Europäisches Parlament, 2024)
- Nur in Belgien, Deutschland, Malta und Österreich kann man ab 16 wählen. In Griechenland kann man ab 17 wählen. (Europäisches Parlament, 2024)
- Der Bericht über das endgültige Ergebnis der Konferenz zur Zukunft Europas vom Mai 2022 zeigte, dass 70 % der Europäerinnen und Europäer regelmäßiger und sinnvoller in die Beschlussfassung der EU einbezogen werden möchten (Konferenz zur Zukunft Europas, 2022).

INITIATIVE FÜR JUNGE BÜRGER

Junge Leute, die nicht wählen können, werden bei Entscheidungen oft übersehen. Politikerinnen und Politiker erkennen oft nicht, was junge Leute brauchen und wollen, obwohl sie ihr Leben lang von den Gesetzen betroffen sein werden. Die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist absolut notwendig, um das Vertrauen in die Demokratie wiederherzustellen und mehr junge Leute aktiv teilhaben zu lassen.

UNABHÄNGIGE DENKFABRIK

Die meisten gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürger sind keine Fachleute. Warum sollten die Organe ihnen eine so wichtige Rolle einräumen? Unsere Denkfabrik empfiehlt, statt der Bürgerinnen und Bürger für eine solche Versammlung Fachleute auf diesem Gebiet aus Industrie und Wissenschaft und von Organisationen der Zivilgesellschaft auszuwählen.

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Der Rat spricht sich dafür aus, dass sich die Bürgerinnen und Bürger stärker an EU-Angelegenheiten beteiligen. Er betont jedoch, dass die EU-Staaten über das Wahlalter entscheiden. Er fordert folgende Änderungen:

ARTIKEL 1: Die Europäische Kommission kann den EU-Staaten nur nahelegen, ein Mindestwahlalter von 16 Jahren einzuführen. Die endgültige Entscheidung liegt bei den EU-Staaten.

ERGÄNZUNG ZU ARTIKEL 2: „Diese Versammlung kann nur Ratschläge erteilen und hat keine anderen Befugnisse."

Bitte notiert diese Änderungen auf dem Arbeitsblatt. (Ihr habt drei Minuten Zeit dafür.)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Jetzt seid ihr dran. Als Mitglieder des Europäischen Parlaments könnt ihr Änderungen des Gesetzesvorschlages vornehmen, sodass er dem entspricht, was eurer Ansicht nach im besten Interesse der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger ist. ABER: Ihr müsst die Ansichten des Rates der Europäischen Union (siehe 2) und den ursprünglichen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission berücksichtigen. Auch die Informationen der Interessenvertreter sind zu berücksichtigen.

Geht folgendermaßen vor:

1. Dreht jeweils eine Karte von Interessenvertretern um und lest den Text laut vor (alle Gruppenmitglieder lesen nacheinander eine der Karten vor).
   Es handelt sich um die Karten mit einem Symbol in der Ecke. Lest nacheinander alle Karten vor. (8 min.)
2. Legt die Karten mit der Textseite nach oben auf den Tisch, sodass alle Gruppenmitglieder die Informationen sehen können.
3. Diskutiert den ursprünglichen Gesetzesvorschlag in eurer Gruppe und geht jeden einzelnen Artikel durch. Fangt an mit Artikel 1: Wer stimmt zu und wer nicht? Nutzt für eure Argumentation die Informationen der Interessenvertreter. Fahrt so mit allen Artikeln fort. (10 min.)
4. Passt das Gesetz so an, dass alle Gruppenmitglieder damit einverstanden sind. Ihr könnt den Inhalt von Artikeln ändern, Artikel streichen oder neue hinzufügen. Schreibt euer neues bzw. angepasstes Gesetz auf das Arbeitsblatt. (6 min.)

EUROPAPOLITISCHE VEREINIGUNG

Die Europäerinnen und Europäer wollen mehr Mitsprache, was die Funktionsweise der EU betrifft. Wir sind sehr für den zweiten Teil dieses Vorschlags und vor allem dafür, die Bürgerinnen und Bürger nach dem Zufallsprinzip auszuwählen. Dann hat es auch keinen Sinn, Versprechungen zu machen, um einen Platz in dieser Vollversammlung zu erhalten. So lässt sich auch dafür sorgen, dass „normale Bürgerinnen und Bürger" die EU-Politik mitgestalten können. Das ist wichtig, weil die meisten partizipatorischen Instrumente, die es zurzeit gibt, entweder auf organisierte oder berufliche Interessen oder auf Fachleute in einem bestimmten Bereich abzielen.

DENKFABRIK FÜR DIE DEMOKRATIE IN EUROPA

Wir sind dafür, das Wahlalter für die Europawahl auf 16 Jahre herabzusetzen. Das bedeutet, dass die Wahlergebnisse die Meinung aller Bürgerinnen und Bürger, und damit auch junger Leute, zum Ausdruck bringen. Das ist wichtig, denn Untersuchungen haben gezeigt, dass die meisten Wählerinnen und Wähler der älteren Generation angehören, was die Wahlergebnisse verfälschen kann.

Ihr habt euer eigenes, angepasstes Gesetz geschaffen.

Jetzt braucht ihr die Unterstützung des gesamten Europäischen Parlaments. Bereitet eine kurze Präsentation eures neuen Gesetzes für die anderen Abgeordneten (die anderen Lernenden) vor. Verwendet dafür das Arbeitsblatt und geht wie folgt vor: (5 min.)

1. Lest den ursprünglichen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission laut vor.
2. Beschreibt, welche Änderungen vom Rat gefordert wurden.
3. Lest euer neues Gesetz laut vor.
4. Nennt zwei oder drei Gründe oder Argumente, weshalb ihr glaubt, dass dies eine gute Maßnahme für die Bürgerinnen und Bürger der EU ist. Haltet eure Argumentation vorher auf dem Arbeitsblatt fest.

THEMA 3: NACHHALTIGE MODE

EUROPÄISCHE KOMMISSION

1. Bitte lest euch den Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission durch. (2 min.)
2. Besprecht den Vorschlag kurz in der Gruppe: Worum geht es? Bittet eure Lehrkraft/euren Ausbildenden bei Bedarf um mehr Zeit. (2 min.)
3. Jedes Gruppenmitglied überlegt kurz, ob es dem Vorschlag zustimmt. Anschließend legt jedes Gruppenmitglied den anderen in der Gruppe seinen Standpunkt dar.

FAKTEN UND ZAHLEN

- Kunststoffe machen 20 % des gesamten Abfalls in der EU aus. Eurostat, 2022
- Mehr als 70 % unserer Kleidung besteht aus Kunstfasern, also aus Kunststoffen (Europäische Umweltagentur, 2017). Nur 1 % der in unserer Kleidung enthaltenen Materialien wird zu neuer Kleidung verarbeitet. (EMF, 2017)
- Jedes Jahr werden pro Person durchschnittlich 11 kg Textilien (Kleidung) weggeworfen. Drei Viertel der weggeworfenen Kleidung landen auf Deponien oder im Meer, werden verbrannt oder illegal entsorgt – das entspricht etwa einer Lkw-Ladung pro Sekunde weltweit (Europäische Exekutivagentur für die Forschung, 2024).

KOLLEKTIV „RE-VALUE“

Wir unterstützen die Bemühungen der EU, Textilabfälle zu reduzieren, das Ökopunkt-Siegel einzuführen und Fast Fashion einzudämmen, ohne Wenn und Aber. Mit unserer Arbeit – Reparatur, Verleih und Weiterverkauf – tragen wir dazu bei, dass Kleidung länger getragen wird und weniger Müll entsteht. Wir fordern nachdrückliche Unterstützung für kreislauforientierte Geschäftsmodelle und eindeutige Vorschriften für Ökopunkte, mit denen Haltbarkeit und Langlebigkeit belohnt werden. Sehr wichtig sind auch benutzerfreundliche Sammelstellen, damit mehr Textilien wieder in Umlauf kommen und weniger Müll entsteht.

GEWERKSCHAFTLICHE ARBEITNEHMERVERTRETUNG

Wir sind für weniger Textilabfälle und betrachten das Ökopunktesystem als Chance, die Produktion verantwortungsbewusster zu gestalten. Bewertungskriterien für das Ökopunktesystem sollten auch faire Löhne, Sicherheit am Arbeitsplatz und Arbeitnehmerbeteiligung sein. Jedoch könnten strengere Vorschriften und Verbote von Fast Fashion vor allem in ärmeren Ländern Arbeitsplätze kosten, wenn sie nicht richtig gehandhabt werden. Für einen gerechten Übergang müssen Sozial- und Umweltschutznormen Hand in Hand gehen. Die Arbeitnehmerschaft sollte weiter Mitsprache bei Entscheidungen haben, die sie betreffen.

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Der Rat der EU stimmt dem Vorschlag der Europäischen Kommission nicht vollständig zu. Er fordert folgende Änderungen:

ERGÄNZUNG ZU ARTIKEL 1: Die EU-Staaten möchten kleine und lokale Geschäfte entlasten. Sie möchten deshalb in Artikel 1 folgenden Satz hinzufügen: „Die Verpflichtung zur Angabe der Ökopunkte sollte nur für große Unternehmen gelten.“

ARTIKEL 2: Statt Fast Fashion bis 2030 zu verbieten, möchten die EU-Staaten schrittweise vorgehen. Ein vollständiges Verbot sollte erst 2050 in Kraft treten.

Bitte notiert diese Änderungen auf dem Arbeitsblatt. (Ihr habt drei Minuten Zeit dafür.)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Jetzt seid ihr dran. Als Mitglieder des Europäischen Parlaments könnt ihr Änderungen des Gesetzesvorschlages vornehmen, sodass er dem entspricht, was eurer Ansicht nach im besten Interesse der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger ist. ABER: Ihr müsst die Ansichten des Rates der Europäischen Union (siehe 2) und den ursprünglichen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission berücksichtigen. Auch die Informationen der Interessenvertreter sind zu berücksichtigen.

Geht folgendermaßen vor:

1. Dreht jeweils eine Karte von Interessenvertretern um und lest den Text laut vor (alle Gruppenmitglieder lesen nacheinander eine der Karten vor).
   Es handelt sich um die Karten mit einem Symbol in der Ecke. Lest nacheinander alle Karten vor. (8 min.)
2. Legt die Karten mit der Textseite nach oben auf den Tisch, sodass alle Gruppenmitglieder die Informationen sehen können.
3. Diskutiert den ursprünglichen Gesetzesvorschlag in eurer Gruppe und geht jeden einzelnen Artikel durch. Fangt an mit Artikel 1: Wer stimmt zu und wer nicht? Nutzt für eure Argumentation die Informationen der Interessenvertreter. Fahrt so mit allen Artikeln fort. (10 min.)
4. Passt das Gesetz so an, dass alle Gruppenmitglieder damit einverstanden sind. Ihr könnt den Inhalt von Artikeln ändern, Artikel streichen oder neue hinzufügen. Schreibt euer neues bzw. angepasstes Gesetz auf das Arbeitsblatt. (6 min.)

BEWEGUNG GEGEN FAST FASHION

Fast Fashion ist aus der Mode! Wir unterstützen den Plan der EU, Textilabfälle zu reduzieren, ein Ökopunktesystem einzuführen und Fast Fashion bis 2030 zurückzudrängen. Die billige, kurzlebige Kleidung der Fast-Fashion-Industrie sorgt für Überkonsum, Umweltschäden und schlechte Arbeitsbedingungen. Die Industrie muss Verantwortung übernehmen, und der Kundschaft muss Qualität wichtiger sein als Quantität. Diese neuen Vorschriften sind dringend nötig, um Mensch und Umwelt zu schützen.

FAST-FASHION-INDUSTRIE

Uns ist bewusst, wie wichtig Umweltschutz ist, und wir investieren in Recycling und kreislauforientierte Lösungen. Doch es ist irreführend, unsere Produkte als „Fast Fashion“ zu bezeichnen. Wir bieten günstige Mode an und bedienen damit die Nachfrage der Verbraucherschaft. Ein verpflichtendes Ökopunktesystem ist schwierig, weil Kleidung in vielen Ländern hergestellt wird. Dabei kommen zahlreiche Materialien von unterschiedlichen Lieferanten zum Einsatz. Eine einfache Punktzahl kann da das Bild verfälschen. Strenge Verbote bis 2030 könnten weniger Auswahl, höhere Preise und den Verlust von Arbeitsplätzen nach sich ziehen. Wir bevorzugen freiwillige Verbesserungen, Innovationen und flexible Zeitpläne.

Ihr habt euer eigenes, angepasstes Gesetz geschaffen.

Jetzt braucht ihr die Unterstützung des gesamten Europäischen Parlaments. Bereitet eine kurze Präsentation eures neuen Gesetzes für die anderen Abgeordneten (die anderen Lernenden) vor. Verwendet dafür das Arbeitsblatt und geht wie folgt vor: (5 min.)

1. Lest den ursprünglichen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission laut vor.
2. Beschreibt, welche Änderungen vom Rat gefordert wurden.
3. Lest euer neues Gesetz laut vor.
4. Nennt zwei oder drei Gründe oder Argumente, weshalb ihr glaubt, dass dies eine gute Maßnahme für die Bürgerinnen und Bürger der EU ist. Haltet eure Argumentation vorher auf dem Arbeitsblatt fest.

THEMA 4: DAS KI-GESETZ

EUROPÄISCHE KOMMISSION

1. Bitte lest euch den Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission durch. (2 min.)
2. Besprecht den Vorschlag kurz in der Gruppe: Worum geht es? Bittet eure Lehrkraft/euren Ausbildenden bei Bedarf um mehr Zeit. (2 min.)
3. Jedes Gruppenmitglied überlegt kurz, ob es dem Vorschlag zustimmt. Anschließend legt jedes Gruppenmitglied den anderen in der Gruppe seinen Standpunkt dar.

FAKTEN UND ZAHLEN

- Künstliche Intelligenz (KI) ist wahrscheinlich die bestimmende Technologie des letzten und auch des nächsten Jahrzehnts. Sie hat das Potenzial, die meisten Alltagsbereiche zu verändern.
- Die meisten Menschen in Europa sind der Ansicht, dass sich KI positiv auf Arbeitsplätze, Wirtschaft, Gesellschaft und Lebensqualität auswirkt (Eurobarometer, 2025).
- 84 % der Europäerinnen und Europäer denken, dass sorgfältig mit KI umgegangen werden muss, damit für den Schutz der Privatsphäre und Transparenz am Arbeitsplatz gesorgt wird (Eurobarometer, 2025).

BEOBACHTUNGSSTELLE FÜR DIGITALE RECHTE

KI beeinflusst jetzt schon, wer einen Arbeitsplatz oder einen Kredit bekommt oder von der Polizei verdächtigt wird – oft ohne, dass wir es wissen. Wir fordern, dass bei jedem eingesetzten KI-Werkzeug – nicht nur bei solchen, die direkt mit Menschen interagieren – eindeutig darauf hingewiesen wird, dass KI eingesetzt wird, damit die Menschen stattdessen menschliche Entscheidungen treffen können. Außerdem setzen wir uns für die klare und transparente Dokumentation aller KI-Systeme und insbesondere derjenigen ein, die sich auf die nationale Sicherheit auswirken. Wenn Überwachungssoftware zum Einsatz kommt, muss sie gesetzeskonform und sicher für alle sein.

EUROPÄISCHES JUGENDDIGITALBÜNDNIS

Die jungen Leute von heute werden viel länger mit KI und ihren Folgen zu tun haben als diejenigen, die heute Entscheidungen treffen. Wir fordern strenge Regeln und sichere Testzonen, in denen Studierende und junge Entwickler und Entwicklerinnen ihre KI-Projekte unter Aufsicht sicher testen können. KI-Kenntnisse und Wissen über ihre Vor- und Nachteile müssen auch im Alltag vermittelt werden, sei es im Rahmen von Schullehrplänen oder staatlichen Informationskampagnen. Nur gut informierte Bürgerinnen und Bürger können sich eine fundierte Meinung zu diesem Thema bilden, das so wichtig für sie ist.

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Der gemeinsame Standpunkt des Rates zielt darauf ab, den Entwurf der Kommission zu verbessern, indem strenge Schutzvorkehrungen mit technischer Durchführbarkeit und Innovationsförderung in Einklang gebracht werden:

ARTIKEL 2: Die EU-Staaten wollen nicht, dass KI für die nationale Sicherheit in dem Gesetz behandelt wird. In Fragen der nationalen Sicherheit ist es gefährlich, die Funktionsweise von KI-Systemen zu dokumentieren, da die Systeme dadurch anfällig für Spionage und Sabotage werden.

Zusätzlicher ARTIKEL 3: Zur Förderung von Innovationen müssen die EU-Staaten spezielle Testzonen einrichten, in denen neue KI-Systeme sicher und unter Aufsicht getestet werden können.

Die EU-Staaten unterstützen kleine Unternehmen und Start-ups, die KI-Systeme entwickeln wollen, um den Benutzern mehr Optionen zu bieten, statt sich nur auf große und etablierte Unternehmen zu verlassen.

Bitte notiert diese Änderungen auf dem Arbeitsblatt. (Ihr habt drei Minuten Zeit dafür.)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Jetzt seid ihr dran. Als Mitglieder des Europäischen Parlaments könnt ihr Änderungen des Gesetzesvorschlages vornehmen, sodass er dem entspricht, was eurer Ansicht nach im besten Interesse der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger ist. ABER: Ihr müsst die Ansichten des Rates der Europäischen Union (siehe 2) und den ursprünglichen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission berücksichtigen. Auch die Informationen der Interessenvertreter sind zu berücksichtigen.

Geht folgendermaßen vor:

1. Dreht jeweils eine Karte von Interessenvertretern um und lest den Text laut vor (alle Gruppenmitglieder lesen nacheinander eine der Karten vor).
   Es handelt sich um die Karten mit einem Symbol in der Ecke. Lest nacheinander alle Karten vor. (8 min.)
2. Legt die Karten mit der Textseite nach oben auf den Tisch, sodass alle Gruppenmitglieder die Informationen sehen können.
3. Diskutiert den ursprünglichen Gesetzesvorschlag in eurer Gruppe und geht jeden einzelnen Artikel durch. Fangt an mit Artikel 1: Wer stimmt zu und wer nicht? Nutzt für eure Argumentation die Informationen der Interessenvertreter. Fahrt so mit allen Artikeln fort. (10 min.)
4. Passt das Gesetz so an, dass alle Gruppenmitglieder damit einverstanden sind. Ihr könnt den Inhalt von Artikeln ändern, Artikel streichen oder neue hinzufügen. Schreibt euer neues bzw. angepasstes Gesetz auf das Arbeitsblatt. (6 min.)

EUROPÄISCHES NETZWERK KLEINER UNTERNEHMEN

Unsere Mitglieder entwickeln KI-Werkzeuge, um den Klimawandel zu überwachen, Lieferwege zu optimieren oder beim Einkaufen im Internet Waren zu empfehlen. Die vorgeschlagenen Vorschriften würden den Aufbau neuer KI-Systeme erheblich verteuern und erschweren. Wir befürchten, dass gerade kleinere und neue Unternehmen diese Last nicht tragen können. Wir schlagen ein Innovationszentrum vor, in dem Start-ups im Eilverfahren praktische Hilfe und Beratung von KI-Fachleuten aus der EU erhalten können.

EUROPÄISCHE INDUSTRIEARBEITERGEWERKSCHAFT

In der Industrie wird zunehmend auf Automatisierung und KI gesetzt, oft aber nicht hinreichend bedacht, was das für Arbeitnehmerrechte und Arbeitsplatzsicherheit bedeutet. Wir fordern, dass vor der Verabschiedung neuer Vorschriften für KI obligatorische Arbeitnehmerkonsultationen und Abschätzungen der Folgen für die Arbeitnehmerschaft durchgeführt werden. Wichtig ist auch, dass alle Arbeitskräfte fair behandelt werden. Wir wollen, dass Artikel 1 dahingehend geändert wird, dass Unternehmen erklären müssen, wie sich der Einsatz von KI bei ihnen auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen auswirken könnte.

Ihr habt euer eigenes, angepasstes Gesetz geschaffen.

Jetzt braucht ihr die Unterstützung des gesamten Europäischen Parlaments. Bereitet eine kurze Präsentation eures neuen Gesetzes für die anderen Abgeordneten (die anderen Lernenden) vor. Verwendet dafür das Arbeitsblatt und geht wie folgt vor: (5 min.)

1. Lest den ursprünglichen Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission laut vor.
2. Beschreibt, welche Änderungen vom Rat gefordert wurden.
3. Lest euer neues Gesetz laut vor.
4. Nennt zwei oder drei Gründe oder Argumente, weshalb ihr glaubt, dass dies eine gute Maßnahme für die Bürgerinnen und Bürger der EU ist. Haltet eure Argumentation vorher auf dem Arbeitsblatt fest.